

Wahlprogramme in freiberuflicher Leseart

Die Programme der Parteien zur Wahl zum Deutschen Bundestag 2021 sind auf dem Markt. Das BFB-Team hat diejenigen der aktuell im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien durchgearbeitet. Sie unterscheiden sich in Umfang und Detailliertheit und werden folgend auszugweise präsentiert, arrangiert entlang der Sitzstärke im 19. Deutschen Bundestag.



	CDU CSU	SPD	AfD
Freie Berufe	Freie Berufe werden genannt: Eingangs des Wirtschaftskapitels: Auch den Freien Berufen gilt es, den Weg freizumachen und ihrem Können und ihren Ideen zu vertrauen • Bei der „Wohnraumoffensive“ wird auf gute Bedingungen und Wertschätzung auch für die Freien und planenden Berufe gesetzt	Freie Berufe werden genannt: Sie sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden	Freie Berufe werden nicht explizit genannt
Berufsrechte, Regulierung & Selbstverwaltung	Bewährte Selbstverwaltung für umfassende Versorgung und Erhalt des Gesundheitssystems • Moderne Justiz- und Rechtspolitik u. a. durch Ausbau digitaler Zugangsmöglichkeiten • Verbraucherrecht vereinfachen • Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige bei Bedarf anpassen	Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit • Feste Honorare für Künstler • Auch Verbände bei Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Projekten einbinden • Plattformkonzerne gemeinsam mit EU-Staaten regulieren • Arbeitnehmerstatus einfacher klären	Befristung von Regulierungen überprüfen und ggf. abbauen • Selbstverwaltung der Justiz



Freie Berufe werden genannt: Als Sektor, bei dem die berufliche Bildung zur Fachkräftesicherung beiträgt • Gefordert wird Fairness für Selbstständige, auch für Freie Berufe • Der Freie Beruf wird als Fundament einer liberalen Gesundheitsversorgung ausgemacht

Freie Berufe werden genannt: Sie sollen in die gesetzliche Rentenversicherung, ein „Arbeitslosengeld Plus“ und eine „Gewerbesteuer“ einbezogen werden • Auftraggeber sollen auch für solo-selbstständige Freiberufler Sozialversicherungsbeiträge zahlen, dazu bundesweit branchenspezifische Mindesthonorarregelungen schaffen • Mehr Kinderkrankentage auch für Freiberufler • Während der Corona-Pandemie auch für Freiberufler Zugang zu monatlicher Pauschale in Höhe von mindestens 1.200 Euro

Freie Berufe werden genannt: Beim neuen sozialen Sicherheitsversprechen, da auch Freiberufler, die ohnehin schon größere Risiken eingehen, ohne Verdienst in Existenzangst oder -not stürzen • Vielfältige Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe unterstützen – auch die freiberuflichen

Gerichtsverfahren modernisieren und beschleunigen • Rechtsrahmen für „Legal Tech“ erweitern und anwaltliches Berufsrecht modernisieren, Verbot von Erfolgshonoraren abschaffen und Fremdbesitzverbot lockern • Statusfeststellung für Selbstständige reformieren

Prozesskosten- und Beratungshilfe ausbauen, dazu Eigenanteilzahlung zur Beratungshilfe abschaffen • Bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen für Solo-Selbstständige • Recht auf Erwerbsarbeit mit einklagbarem individuellen Rechtsanspruch • Sammelklagen stärken • „Starkes“ Verbraucherinformationsgesetz mit Anspruch auf kurze, klare und vergleichbare Informationen • Strengerer Transparenzstandard für Online-Marktplätze und Online-Plattformen • Haftung von Wirtschaftsprüfern verschärfen

Branchenspezifische verbindliche Honoraruntergrenzen, auch für Solo-Selbstständige in der Plattformarbeit, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können • Haftpflicht für Gesundheitsberufe reformieren • Zugang zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen erleichtern • Modelle der gerichtlichen Selbstverwaltung erproben • Scheinselbstständigkeit verhindern



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2021



<p>Datenschutz</p>	<p>Europäische Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft, „hochklassiger“ digitaler Infrastruktur, europäischer Speicher- und Rechenkapazitäten und eines einheitlichen Datenschutzrechts • Datensicherheit stärken, Datenschutz weiterentwickeln, ohne Innovationen zu hemmen und Verfahren bürokratisch zu verlangsamen • Mehr Datentransparenz und „souveräner“ Umgang mit persönlichen Daten • Bürgerliches Vertragsrecht, insbesondere des elektronischen Rechtsverkehrs, modernisieren • Rechtsunklarheiten beseitigen, Behördenstrukturen straffen, Datenschutzaufsicht harmonisieren • Videoschutz an öffentlichen Gefahrenorten ausbauen</p>	<p>Durchsetzung der DSGVO verbessern • Datenschutzaufsichtsbehörden stärken • „Beschäftigtendatenschutzgesetz“ einführen • Um Datensouveränität der Bürger zu gewährleisten, Interoperabilität zwischen Plattformen, sozialen Netzwerken und digitalen Diensten gesetzlich vorschreiben</p>	<p>DSGVO abschaffen, ersetzen durch ein neues, „schlankes“ Datenschutzgesetz zur Wahrung informationeller Selbstbestimmung • Datenschutzbehörden stärken</p>
<p>KI & Digitalisierung</p>	<p>Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation • Umfassende Digitalisierung der Verwaltung zum Nutzen der Bürger • Verbraucherrechte mittels Digitalisierung stärken • Flächendeckend leistungsfähige Dateninfrastruktur und Open-Data-Lösungen schaffen • Ressortübergreifende eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“ schaffen • Ehrenamtliche Digitalbotschafter installieren, um digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu fördern • Plattformen als zentralen Aspekt der Digitalisierung der Wirtschaft fördern • „Digital-TÜV“ allen Gesetzesvorlagen vorlagern, koordiniert durch das neue Digitalministerium • Wertesystem für KI, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risiken minimiert • „KI-Lotsen“, die Unternehmen vor Ort bei der Entwicklung ihrer KI-Potenziale unterstützen</p>	<p>Digitale Verwaltungsleistungen ausbauen • Digitale Souveränität der Bürger fördern • Open-Source-basierte Entwicklungen und eine europäische Cloud-Infrastruktur fördern • Datengesetz schaffen, das Daten für gemeinwohlorientierte Innovationen nutzbar macht, staatlich erhobene Daten im Sinne von Open Data zur Verfügung stellen • Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen • Zielsetzungen von algorithmischen Entscheidungen überprüfbar definieren, dies durch stringente Regulierung und Aufsicht gewährleisten • Hersteller digitaler Produkte und Software-Anwendungen verpflichten, Security by Design und by Default zu gewährleisten</p>	<p>Digitale Verwaltungsprozesse „verschlanken“ und vereinheitlichen • Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen • Upload-Filter verhindern</p>



Mehr Selbstbestimmung und Transparenz

- Informationelle Selbstbestimmung durch technische Gestaltung (Privacy by Design and Default) oder Assistenz-Systeme (Personal Information Management Systems – PIMS) erleichtern, im AGB-Recht stärken
- Datenschutzrecht weiterentwickeln, Datenportabilität erleichtern
- Recht auf Verschlüsselung elektronischer Kommunikation
- Keine „Totalüberwachung“ mittels Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ
- Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung
- Überwachungsgesamtrechnung bei Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht
- Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum

Weltweite verbindliche Datenschutzregeln für Robotik, Datenflüsse und KI sowie Transparenz für Algorithmen

- DSGVO festigen und erweitern
- Datenschutzbehörden stärken
- „Beschäftigtendatenschutzgesetz“, das die Verwertung der im Arbeitsprozess digital anfallenden personenbezogenen Daten sowie die Überwachung von Beschäftigten verbietet
- Mit „Plattformstrukturgesetz“ Datenschutz sicherstellen sowie Interoperabilität und Portabilität der Nutzerdaten garantieren
- Entwicklung und Betrieb von Open-Source-Betriebssystemen und Anwendungen staatlich fördern, um Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen
- Frühzeitige Medien- und Datenschutzkompetenz von Kindern und Jugendlichen fördern
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen („Staatstrojaner“), nicht individualisierte Funkzellenabfrage, „allgegenwärtige“ Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung

Gerade im industriellen Bereich Ansätze schaffen, um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen als auch von personenbezogenen, aber anonymisierten Daten zu verbessern und rechtssicher zu gestalten

- Nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken
- Transparenz-Gesetz für Open Data
- V. a. KMU durch dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen

Bundesministerium für digitale Transformation

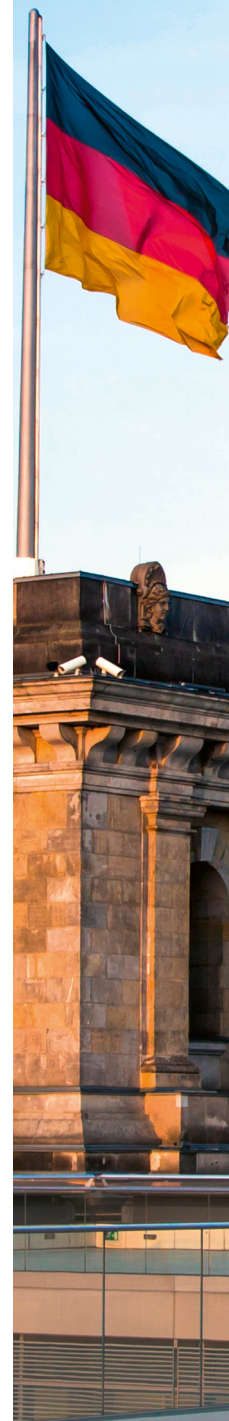
- „Echte“ virtuelle Verwaltungen, Once-Only-Prinzip
- Möglichkeiten der Digitalisierung in allen Bereichen der Planung nutzen
- Digitale Infrastruktur, Open-Source-Standards und robotische Assistenzsysteme im Gesundheitssektor fördern
- „Gigabit-Gutscheine“
- KI-Roadmap

Arbeitnehmervertretung bei der Einführung von Digitaltechnologien und digitalen Arbeitsprozessen stärken

- Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie Sozialversicherungschutz der Plattformarbeiter stärken
- Öffentliche Daten allen zugänglich machen, „Transparenzgesetz“ schaffen
- Zugriffsrecht für Wettbewerber auf Daten von Plattformen, die auf Datenmonopolen basieren
- Einsatz von Upload-Filtern und Netzsperrern wird abgelehnt, Löschung nur noch aufgrund richterlichen Beschlusses
- Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit ausweiten, Security by Design und by Default per Verordnung vorschreiben
- Einsatz von KI gesetzlich regulieren
- Ethische Richtlinien für die Schaffung von Algorithmen

Nachhaltige Digitalisierung

- Verwaltung modernisieren, Verwaltungsverfahren digital denken, persönlichen Kontakt mit den Bürgern durch mobile Angebote ergänzen
- Gesetzliche IT-Sicherheitsstandards sollen beschleunigte Digitalisierung begleiten
- Öffentliche Daten allen zugänglich machen, „Transparenzgesetz“ schaffen
- Gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen
- Open-Source-Entwicklungen zur Grundlage der Vergabe öffentlicher Gelder machen
- Klare Verantwortlichkeiten auch in der digitalen Welt durchsetzen und Herstellerhaftung sicherstellen
- Neue Technologien wie KI zum Wohle der Gesellschaft fördern
- Algorithmische Entscheidungssysteme transparent und diskriminierungsfrei gestalten



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2021



<p>Europa</p>	<p>Subsidiarität achten • Binnenmarkt stärken und vertiefen • Initiativrecht für das EP • Europäisches Wahlrecht mit Sperrklausel einführen • Spitzenkandidatenprinzip stärken • Bessere Rechtsetzung stärken und Abbau von Bürokratiekosten vorantreiben • A1-Bescheinigungen praktikabel handhaben</p>	<p>Initiativrecht für das EP • Europäisches Wahlrecht einführen</p>	<p>Austritt Deutschlands aus der EU und Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft</p>
<p>Gleichwertige Lebensverhältnisse</p>	<p>Stadt und Land bei digitaler Infrastruktur gleichbehandeln • Dörfer und Städte in benachteiligten Regionen stärken • Neue Konzepte der Mobilität, Nahversorgung und Arbeit • Flächendeckend „Heimatagenturen“ einrichten, die um junge Menschen und Familien für die ländlichen Räume werben und der örtlichen Wirtschaft bei der Suche nach Fachkräften helfen • „Gute“ medizinische Versorgung auf dem Land sichern</p>	<p>Soziale Dienstleistungen sollen nicht abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune sein • Ziele sind u. a., die Sichtbarkeit der Ostdeutschen zu erhöhen und Kinder sowie Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht alleinzulassen • EU über die europäische Säule sozialer Rechte auch im Fokus</p>	<p>Stadt und Land auch in puncto soziale und technische Infrastrukturen gleichrangig entwickeln, dazu Finanzvolumen und Handlungsspielräume der Gemeinden deutlich vergrößern • Medizinische Versorgung auf dem Land sichern • Studien- und Ausbildungsbewerber bevorzugen, die sich auf den Einsatz in unterversorgten Gebieten festlegen</p>



Verfassungskonvent einberufen mit dem Ziel, einen föderal und dezentral verfassten Europäischen Bundesstaat zu schaffen • Europäische Volksabstimmung über eine europäische Verfassung • Europäisches Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen einführen • Initiativrecht für das EP • Kommissionspräsident wird der Spitzenkandidat, der im EP eine Mehrheit erhält • Wahlalter für die Wahlen zum EP auf 16 Jahre absenken • Digitaler Binnenmarkt für Europa • Bürokratieabbau vorantreiben („One in, two out“-Ansatz)

Subsidiarität achten • Initiativrecht für das EP • EU-Abgeordnete sollen Kommissionspräsidenten und Kommissare wählen und abwählen können • EU-Transparenzregister verschärfen • Mehr Transparenz bei Einflussnahme auf Gesetzgebung durch Interessenvertreter („legislativer Fußabdruck“)

EU zu einer föderalen europäischen Republik mit einer europäischen Verfassung weiterentwickeln • Hohe Standards im EU-Binnenmarkt erhalten und ausbauen • Initiativrecht für das EP • Nur noch Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU • EP soll die Kommission auf Vorschlag des Kommissionspräsidenten wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können • Kommissionspräsident wird der Spitzenkandidat, der im EP eine Mehrheit erhält • Teil der EU-Abgeordneten soll zukünftig über staatenübergreifende Listen gewählt werden • Wahlalter für die Wahlen zum EP auf 16 Jahre absenken • Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft fortentwickeln • „Legislativen Fußabdruck“ einführen • Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck schützen

Insbesondere für KMU Perspektiven in ländlichen Regionen schaffen mit einer flächendeckend zukunftstauglichen digitalen Infrastruktur, leistungsfähigen Verkehrswegen und einem „starken“ dualen Bildungssystem • Gesundheitsversorgung künftig umfassend, regional und patientenzentriert denken

„Mobilitätsgarantie“ für den ländlichen Raum • Einheitliche Tarifgebiete • Gleiche Löhne • Rentenwert Ost auf Westniveau anheben • Verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene • Vorrang bei Investitionsmitteln für strukturschwache Regionen und sozial abgehängte Kommunen und Stadtteile • Zugang zu schnellem Internet • „Gute“ wohnortnahe Gesundheitsversorgung

Mit den Ländern „Mobilitätsgarantie“ mit gesetzlich definierten Standards für Erreichbarkeit und Erschließung einführen • Zugang zu Ärzten, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge • „Gute“ Infrastruktur und Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen, dazu neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern • Mit Regionalbudgets Dörfer und Städte selbstbestimmt entwickeln und gestalten • Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband nötige Mindeststandards formulieren



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2021



<p>Bildung</p>	<p>Angebote zur sprachlichen Bildung für alle Kinder fördern, bei besonderem Sprachförderbedarf verpflichtende durchgehende Sprachförderung • Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ stärken • Digitale Bildung stärken • „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ weiterentwickeln • Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung garantieren • Duale Studiengänge v. a. in Ingenieurwissenschaften, Informatik, Betriebswirtschaftslehre sowie Sozial- und Gesundheitswissenschaften ausbauen • BAföG flexibilisieren, BAföG auch nach dem 35. Lebensjahr nach elternunabhängiger Einkommens- und Vermögensprüfung • „Aufstiegs-BAföG“ fortentwickeln • Nationale Bildungsplattform aufbauen • Weiterbildung fördern, Bundesprogramm „Bildungsprämie“ ausbauen, vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung fördern</p>	<p>Digitales Endgerät und Zugang zum Internet für jeden Schüler, einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen • Ausbildungsgarantie, Finanzierung durch Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen dort, wo unter Bedarf ausgebildet wird • Lernort Berufsschule durch „Pakt für berufsbildende Schulen“ von Bund, Ländern und Schulträgern mit den Sozialpartnern stärken • Vollschulische Ausbildungen der Berufe der Gesundheit, Pflege und Erziehung dual ausrichten, kostenfrei machen, Auszubildende erhalten Vergütung • Duale akademische Ausbildungswege stärken • Gebührenfreiheit bei Aufstiegsfortbildung beibehalten • Förderansprüche beim BAföG ausweiten, perspektivisch BAföG und „Aufstiegs-BAföG“ zusammenführen, Altersgrenzen aufheben, „Neustart-BAföG“ auflegen • Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen schaffen, auch durch Bildungszeit und Bildungsteilzeit • „Transformations-Kurzarbeitergeld“ einführen</p>	<p>Mehrgliedriges Schulsystem erhalten • Wert beruflicher Bildung stärker hervorheben • Von Modularisierung abkehren, Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen • Höhere Grundfinanzierung der Hochschulen</p>
<p>Integration</p>	<p>Spracherwerb beschleunigen, mehr digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote, gezielte Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen, flächendeckende Sprachstanderhebung und verbindliche Sprachförderung bei Kindern • Kommunale Integrationsfachkräfte fördern • Digitale Angebote und niedrigschwellige Beratungsangebote für Frauen sowie Mütter • Kenntnisse über Gründungsschritte, Kreditzugang und Zulassungsvoraussetzungen vermitteln</p>	<p>Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten • Integrations- und Sprachkurse stärken</p>	<p>Bei Einwanderungspolitik Bildungsstands als wesentliches Entscheidungskriterium</p>



1 % der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung investieren • Bildungsföderalismus reformieren, Grundgesetzänderung • Frühkindliche Bildung stärken • Sprache früh fördern • MINT-Bildung frühzeitig stärken • Bundesweit Schulfächer Wirtschaft und Informatik einführen • „DigitalPakt 2.0“ • Autonomie der Schulen stärken • Schulen und Kitas durch Finanzierung auf drei Säulen: (1) Sockelbeitrag, (2) Bildungsgutscheine, (3) „German Dream“-Zuschuss für Kinder und Jugendliche mit mehr Förderbedarf • Bundesweite Abschlussprüfungen für Mittlere Reife und Abitur • Lehrerausbildung bundesweit zu dualem Lehramtsstudium weiterentwickeln, mit Theorie- und Praxisphasen • Bundesweite Mindeststandards für Lehrerausbildung • Berufsorientierung mit Azubi-Botschaftern, flächendeckende „Jugendberufsagenturen“ • „Zukunftsgarantie“ für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz u. a. durch reformierte Einstiegsqualifizierung • Mehr Durchlässigkeit durch Teilqualifizierungen, flexibilisierte Ausbildungsdauer, digitale Ausbildungsangebote, Teilzeitausbildungen • Exzellenzinitiative berufliche Bildung durch bundesweiten Exzellenzwettbewerb • Talenten der beruflichen Bildung gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen • Auslandserfahrung für 20 % aller Auszubildenden bis 2030, „Erasmus+“ und „Ausbildung Weltweit“ ausbauen • Erasmus für Lehrkräfte • „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr, steuer- und abgabenfreies Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten im persönlichen „Freiraumkonto“ • Elternunabhängiges „Baukasten-BAföG“ • Qualitätsoffensive für die Hochschullehre • Akademische Weiterbildung stärken

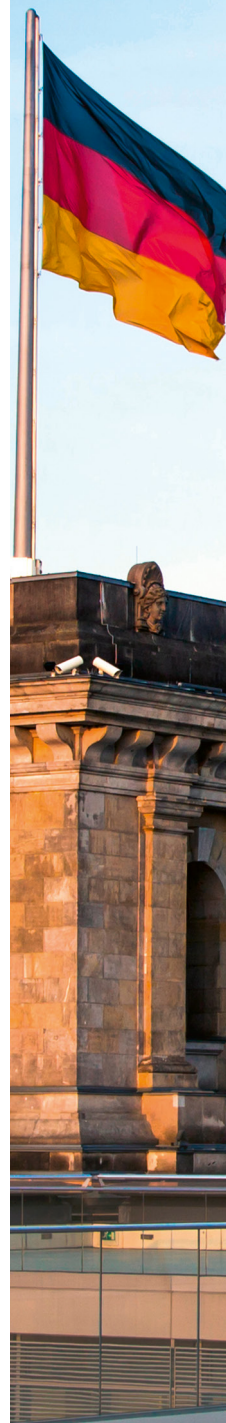
Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben • Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern, „Bildungsrahmengesetz“ des Bundes für alle Bildungsbereiche • Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz in Kita, Ganztagsbetreuung im Grundschulalter • Laptop, Drucker und über kostenfreien „Bildungstarif“ Internetzugang für jedes Kind • Bundesprogramm zur Finanzierung der Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, zusätzliche Sprach- und Alphabetisierungskurse auch für geflüchtete Erwachsene • Recht auf eine gebührenfreie und vollqualifizierende Ausbildung • Mindestausbildungsvergütung i. H. v. 80 % der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen • Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze durch alle Betriebe • Unbefristete Übernahme nach Ausbildungsende • „Berufsbildungspakt“ für berufliche Schulen • Nicht duale Ausbildung wie Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufe besser finanzieren, Schulgeld abschaffen, Ausbildungsgeld zahlen • Mindestvergütung für dual Studierende, Zugang zum dualen Studium ohne Abitur ermöglichen • Studiengebühren abschaffen • Rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG, Altersgrenzen abschaffen • „Hochschulzulassungsgesetz“ statt Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen • Zulassungsfreier Zugang zum Master für Bachelor-Absolventen • Promotionsrecht für Fachhochschulen • Recht auf Weiterbildung gesetzlich absichern, Weiterbildungsgeld i. H. v. 90 % des letzten Nettoentgelts einführen

Investitionen für Kitas und Primärbereich erhöhen • Individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards • MINT-Themen an Schulen fördern • Zeitgemäße, datenschutzfreundliche digitale Ausstattung an den Schulen, kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsangebote für das pädagogische Fachpersonal, digitale Ausbildung der Lehrer verbessern, „DigitalPakt“ weiterentwickeln • Ausbildungsgarantie, Umlagefinanzierung für ausbildungswillige Unternehmen • Inklusive „Assistierte Ausbildung“ und „Ausbildungsbegleitende Hilfen“ ausbauen • Einzelne Ausbildungsbausteine zertifizieren • Flächendeckend „Jugendberufsagenturen“ ausbauen • Mindestausbildungsvergütung i. H. v. 80 % der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen • Mehr Auslandsaufenthalte für Auszubildende und Studierende ermöglichen • Nothilfe über das BAföG, BAföG zu Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen und perspektivisch elternunabhängig gestalten • „Weiterbildungs-BAföG“ einführen • Keine Studien- oder Verwaltungsgebühren an staatlichen Hochschulen • Individueller Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang für abhängig Beschäftigte nach der Zeit der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung, „Bildungsagenturen“ für verbesserte und gebündelte Beratung

Sprach- und Integrationskurse vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos • „Integrationspaten“ nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, gerichtet u. a. an Frauen, Kinder und Senioren • Vorrangprüfung abschaffen • Niederlassungserlaubnis nach drei Jahren

Bundesministerium für Migration und Partizipation • Aufnahme eines Studiums vereinfachen

Kostenfreier Zugang zu passgenauen, erreichbaren und bundesfinanzierten Sprach- und Integrationskursen, besonders für Frauen • Für anerkannte Flüchtlinge Hürden für die Freizügigkeit innerhalb der EU absenken • Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung in Aufenthaltsrecht umwandeln für verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2021



	CDU CSU	SPD	AfD
Soziale Sicherung	<p>Sozialen Schutz von Selbstständigen verbessern, Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind (Übergangsregelungen für Gründer), Erhalt der beruflichen Versorgungswerke • Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an • „Neustart“ bei privater Vorsorge, diese und betriebliche Altersvorsorge stärken • Sozialpartnermodell bei betrieblicher Altersvorsorge evaluieren, mögliche Hindernisse bei weiterer Verbreitung abbauen, grundsätzliche Verpflichtung einer betrieblichen Altersvorsorge für Geringverdiener, staatliche Zuschüsse für Finanzierung („Betriebliche Altersvorsorge für alle“) • Standardvorsorgeprodukt für private Altersvorsorge für alle Arbeitnehmer mit Opt-out • Sozialbeirat zum „Alterssicherungsbeirat“ für die drei Säulen der Altersvorsorge weiterentwickeln, der Empfehlungen für die Festlegung der verbindlichen und perspektivischen Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz abgibt • Entgelttransparenzgesetz (weiter-)evaluieren • Künstlersozialversicherung stärken</p>	<p>Grundsätzliche Altersvorsorgepflicht einführen • Schrittweise Gesamtheit der Erwerbstätigen, also auch Freie Berufe, Selbstständige, Beamte und Mandatsträger, in gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen und „Sondersysteme“ überwinden • Bei privater Altersvorsorge standardisiertes Angebot durch öffentliche Institution (nach schwedischem Vorbild) • Bei „klassischen“ privaten Altersvorsorgeangeboten bürokratische Hemmnisse abbauen und Kosten senken • Absicherung von Solo-Selbstständigen in der Künstlersozialversicherung, Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern, „Sicherungsgeld“ • Einkommensabhängige Krankenversicherungsbeiträge für Selbstständige • (Europäische) Mindeststandards bei nationalen Grundsicherungssystemen • Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln</p>	<p>Kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme wie Betriebsrenten, private Lebensversicherungen und private Sparvermögen erhalten • Soziale Pflegeversicherung und gesetzliche Krankenversicherung zusammenlegen</p>
Arbeitsmarktpolitik & Fachkräftesicherung	<p>Arbeitszeitgesetz reformieren, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit • Pilotprojekt zu „Fachkräfteeinwanderungs-Attachés“ an ausgewählten deutschen Botschaften in Drittstaaten • Anerkennung von Abschlüssen und Zertifizierung von Qualifikationen verbessern, Verfahren digitalisieren • Fachkräftesicherung durch berufliche Ausbildung, zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie gesteuerten Zuzug • Gezielte und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt entlang Fachkräftebedarf, Qualifikation, Alter, Sprachkenntnissen, Nachweis über Arbeitsplatzangebot und Sicherung des Lebensunterhalts</p>	<p>Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtern • Arbeitslosenversicherung zu „solidarischer Arbeitsversicherung“ weiterentwickeln • Grundsicherung zu „Bürgergeld“ umbauen • Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen • Einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber kleiner und mittlerer Unternehmen etwa zu Barrierefreiheit und Lohnzuschüssen • Bessere Chancen für Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt</p>	<p>Nationale Gesetzgebungshoheit im Sozialrecht • Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung • Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung senken • „Aktivierende Grundsicherung“ statt Hartz IV • Bonussystem für Arbeitgeber, die mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen</p>



Wahlfreiheit bei Altersvorsorge für Selbstständige • „Enkelfitte“ Rente durch Modernisierung des Altersvorsorgesystems nach Baukastenprinzip, nachhaltig finanzierbar gestalten und kapitalgedeckten Teil stärken • Gesetzliche Aktienrente und Basisrente einführen • Betriebliche Altersversorgung verbessern • „Altersvorsorge-Depots“ einführen • Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktivieren • „Fairness“ für Selbstständige durch Abbau von Ungleichbehandlungen, z. B. durch Anpassung von Beiträgen für die gesetzliche Krankenversicherung an tatsächliche Einnahmen • „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen • Vorfälligkeit bei Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen rückgängig machen

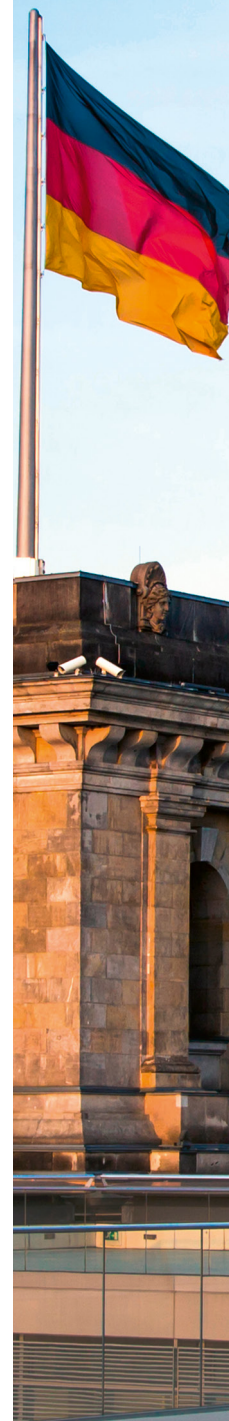
Alle Erwerbstätigen, auch Freiberufler, Selbstständige, Beamte und Abgeordnete, in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen • „Solidarische Mindestrente“ von 1.200 Euro für Geringverdiener • Überwiegend von den Arbeitgebern finanzierte betriebliche Altersversorgung (als betriebliche Sozialleistung) • Mehr Kinderkrankentage, dann auch für Solo-Selbstständige und Freiberufler • Verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz • Künstlersozialkasse für weitere Berufsgruppen öffnen, Bundeszuschuss erhöhen

In erstem Schritt hin zu verpflichtender Bürgerversicherung Selbstständige ohne obligatorische Absicherung, z. B. in berufsständischen Versorgungswerken, und Abgeordnete in gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen • Arbeitgeberfinanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für Rentenbeitrag • Reine Beitragsgarantie bei betrieblicher Altersvorsorge für kleine Unternehmen einführen • Riester-Rente durch einen öffentlich verwalteten „Bürgerfonds“ mit Opt-out ersetzen, der Standard für betriebliche Altersvorsorge ist • „Effektives“ Entgeltgleichheitsgesetz • Künstlersozialkasse stärken

Steuerfinanzierte Sozialleistungen als „Liberales Bürgergeld“ zusammenfassen • Zwei-Säulen-System bei der Einwanderung auf dem Arbeitsmarkt: (1) „Blue Card“ mit Arbeitsplatzangebot auch für nicht akademische Fachkräfte öffnen, (2) „Chancenkarte“ für Punktesystem nach kanadischem Vorbild für Fachkräfte auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche, bundesweite Anerkennungsstelle für beide Säulen einrichten

Solo-Selbstständige und Freiberufler in Arbeitslosenversicherung („Arbeitslosengeld Plus“) einbeziehen • Bedarfsdeckende und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung i. H. v. 1.200 Euro • Mini- und Midi-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen • Gesetzliche Höchstarbeitszeit auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen • „Bessere“ Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern

Arbeitslosenversicherung zu „Arbeitsversicherung“ umbauen, für Selbstständige Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung vereinfachen und Anspruch auf Arbeitslosengeld I sowie Kurzarbeitergeld in besonderen Notsituationen vorsehen • Auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs punktebasierte „Talentkarte“ einführen • Voraussetzungen für unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen erleichtern



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2021



<p>Gründungen & Nachfolge</p>	<p>„Bürokratiefreies“ Jahr nach Gründung • Mit „Innovationsfreiheitsgesetz“ wissensintensive Gründungen und Ausgründungen erleichtern • 2022 als Startschuss für ein „Modernisierungsjahrzehnt“ zum „Deutschen Gründerjahr“ machen • Mehr Frauen zu Gründungen ermutigen • Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden online ermöglichen • Einfache Regelungen für Nachfolge im Betrieb, Betriebsnutzungsgenehmigungen erleichtern und Weiternutzung von Kundendaten nach Betriebsübernahme vereinfachen</p>	<p>Organisatorische Unterstützung wie etwa One-Stop-Agenturen für Gründer • Kultur der „zweiten Chance“ auch im Insolvenzrecht verankern • Mit eigenen Programmen Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche gezielt fördern • Nationale Strategie für die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen entwickeln</p>	<p>./.</p>
<p>Steuern</p>	<p>Einkommensteuertarif regelmäßig an allgemeine Preisentwicklung anpassen • Solidaritätszuschlag schrittweise für alle abschaffen • Unternehmenssteuerlast bei Rechtsformneutralität bei 25 % deckeln • Steuerliche Verlustverrechnung und Abschreibungsregeln verbessern • Erbschaftsteuer nicht erhöhen • Steuerliche Forschungszulage ausbauen • „Verlässliche“ Finanzierungsquellen für Kommunen</p> <p>_____</p> <p>Hinweis: „Das CSU-Programm. Gut für Bayern. Gut für Deutschland.“ wurde nicht berücksichtigt.</p>	<p>Einkommensteuer: Kleine und mittlere Einkommen besserstellen, Aufschlag von 3 Prozentpunkten ab 250.000 Euro/500.000 Euro • Verbliebener Solidaritätszuschlag bleibt • Vermögensteuer von 1 % für „sehr hohe“ Einkommen, Grundlage von Betrieben „verschonen“ • Erbschaftsteuer: Mit Mindestbesteuerung „Überprivilegierung“ großer Betriebsvermögen abschaffen und Mindestbesteuerung für vermögenshaltende Familienstiftungen</p>	<p>Steuersystem mit weniger Steuerarten • Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen • Erbschaft- und Schenkungssteuer streichen • Gewerbesteuer abschaffen</p>



Gründungszuschuss in allen Lebenslagen, einzige Voraussetzung ist tragfähiges Existenzgründungskonzept, Pauschale von 300 Euro für maximal 15 Monate zur freiwilligen sozialen Absicherung • Frauen gezielt unterstützen

./.

Einmaliges „Gründungskapital“ bis 25.000 Euro • Zentrale Anlaufstelle für Gründer mit Information, Beratung und Anmeldung • In den ersten zwei Jahren weitgehende Befreiung von Melde- und Berichtspflichten • Sozial-ökologische Kriterien stärker in bestehende Gründungsfinanzierung integrieren • „Gründungswelle“ auch von am Gemeinwohl orientierten Unternehmen • Förderprogramme für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen vorantreiben • Mittelfristig Gründungs- und Gesellschaftsrecht innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums vereinheitlichen • Innovationsbegriff in Programmen zur Existenzgründungsförderung erweitern, sodass auch die Kultur- und Kreativwirtschaft profitiert • Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit besser fördern • Programme der „klassischen“ Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten • Mehr kommunale Investitionen in Gründungsinfrastruktur

Einkommensteuer: Spitzensteuersatz ab 90.000 Euro, Tarif „auf Rädern“ • Solidaritätszuschlag komplett abschaffen • Unternehmenssteuerlast auf 25 % senken • Erbschaftsteuer nicht verschärfen • Bagatell- und Lenkungssteuern abschaffen • Abschreibungsbedingungen verbessern • EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer • Negative Gewinnsteuer in Wirtschaftskrisen • Finanzierung der Kommunen auf neue Grundlage stellen, etwa durch kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer

Einkommensteuer: 14.400 Euro im Jahr steuerfrei, Spitzensteuersatz von 53 % ab 70.000 Euro, „Reichensteuer“ von 60 % ab 260.533 Euro und 72 % ab 1 Million Euro • Einkommen aus Kapitalerträgen versteuern wie alle Einkommen • Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten • Vermögensteuer: Progressiver Tarif zwischen 1 und 5 %, Freibetrag für Privatvermögen von 1 Million Euro, Freibetrag für Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro, Altersvorsorge ausgenommen • Vermögensabgabe für Nettovermögen über 2 Millionen Euro, Freibetrag für Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro • Erbschaftsteuer: Keine „Privilegien“ mehr für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen, Steuer auf hohe Erbschaften erhöhen • Körperschaftsteuer auf 25 % erhöhen • Europaweite und globale Mindestsätze für Unternehmenssteuern • Gewerbesteuer in „Gemeindefinanzierungssteuer“ umwandeln, Freiberufler einbeziehen, Bemessungsgrundlage ausweiten auf Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren, Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und bei Einkommensteuer berücksichtigen

Einkommensteuer: Grundfreibetrag erhöhen, Spitzensteuersatz von 45 % ab 100.000/200.000 Euro, 48 % ab 250.000/500.000 Euro • Kapitalerträge mit Sparerfreibetrag mit individuellem Steuersatz veranlagern • Vermögenssteuer für die Länder: 1 % ab 2 Millionen Euro, dabei Betriebsvermögen im „verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen“ Umfang begünstigen • Nach Corona v. a. für KMU u. a. steuerlichen Verlustrücktrag ausdehnen und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen einführen • Mittelfristig Finanzierung der Kommunen grundsätzlich neu ordnen

